

THEORIE UND PRAXIS NACH DEM VIII. PARTEITAG

Dozentin Dr. Gerhild Schwendler, FMI:

Der VIII. Parteitag der SED hat mich tief beeindruckt durch seine klare wissenschaftliche Analyse des erreichten und die kontinuierliche Weiterentwicklung im Programm der Partei fixierten Strategie und Taktik. Die im Referat des Ersten Sekretärs des ZK, Genossen Erich Honecker, im Referat des Genossen Willi Stoph und in der Entscheidung der Parteivollversammlung über die wichtigsten politischen, ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft stellen an alle Werktätigen unserer Republik hohe Anforderungen.

Für mich als Historiker und Mitarbeiter des Franz-Mehring-Institutes sind dabei von besonderer Bedeutung, die Anforderungen der Partei an die marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften. Die feste Einordnung der Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften in die politisch-ideologische und propagandistische Arbeit der Partei unterstreicht nicht nur die Bedeutung und den Platz der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung bei der Entwicklung des Sozialismus, sondern zugleich die hohe Verantwortung jedes Gesellschaftswissenschaftlers gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

Bei der Auswertung der Parteitagdokumente und der bedeutenden Rede des Generalsekretärs der KPdSU, Genossen Leonid Breschnew, kommt es darauf an, den tiefen theoretischen Reichtum zu erfassen und in unsere Forschungs- und Weiterbildungsvorbereitung einfließen zu lassen. Konkret bedeutet das, in der Vorbereitung des neuen Studienjahres und bei der Mitarbeit am Lehrwerk für das marxistisch-leninistische Grundlagendokument genau zu prüfen, ob die genannten grundlegenden Fragen und Probleme wie die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution, die wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die Aufgaben und Funktionen der sozialistischen Staat, die Probleme der ökonomischen Entwicklung, die Fragen der Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie die Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus bereits den gebührenden Platz in unserer Arbeit einnehmen. Nur wenn wir – ausgehend von den Gedanken des VIII. Parteitages – unsere Arbeit in Lehre und Forschung überprüfen und durchdenken, werden wir unserer hohen Verantwortung als Propagandisten des Marxismus-Leninismus gerecht und können wir den politisch-ideologischen Kampf unserer Partei wirksamer unterstützen.

Verdienter Lehrer des Volkes, Oberlehrer Helmut Almeroth, Sektion Pädagogik/Psychologie:

Die partielle, wissenschaftliche Analyse sowie die optimistisch-kritische Grundhaltung des VIII. Parteitages üben in diesen Tagen einen nachhaltigen Eindruck auf unsere Arbeit aus. Wir legen Wert darauf, daß nach sachlicher und gründlicher Information in allen Lehrkollektiven und Forschungsgruppen Schritte zur Verbesserung der Arbeit eingeleitet werden. Wir begrüßen besonders die starke Betonung der gemeinsamen Strategie aller sozialistischen Länder und aller Bruderparteien der sozialistischen Gemeinschaft. Dabei nehmen das Verhältnis der DDR zur Sowjetunion und die Beachtung der von XXIV. Parteitag der KPdSU ausgearbeiteten Leitätze des kommunistischen Aufbaus nach wie vor einen hervorragenden Platz ein. Diese Überlegungen werden wir bei der Lösung unserer politisch-ideologischen und fachlichen Aufgaben stets in den Mittelpunkt stellen.

Wenn die Entscheidung des Parteitages auf die wichtige Aufgabe zielt, die Bedingungen für eine hohe Bildung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes, für die allseitige Entwicklung des sozialistischen Menschen ständig weiterzuentwickeln und die „sozialistische Erziehung der Studenten“ mit großer gesellschaftlicher Verantwortung zu betreiben, so fühlen wir uns verpflichtet, all unsere Potenzen noch konzentrierter und konsequenter auf diese Hauptaufgabe zu konzentrieren, in der Forschung müssen weitere Ergebnisse lernen und erzieherpsychologischer Gesetzmäßigkeiten zur Heranbildung des sozialistischen Bewußtseins und zur Erhöhung der Effektivität des Erziehungs- und Bildungsprozesses angestrebt werden. Die Lehrkollektive werden bei der Vorbereitung des kommenden Studienjahres besonders die Frage aufwerfen: Wie ist die Effektivität der Erziehung sozialistischer Lehrstudenten, Diplompädagogen? Konstruktiv und orientierend gibt der Artikel von Prof. Uhlig „Die Verantwortung nicht bis ins dritte Jahrtausend“ (UZ 25/71) wertvolle Anregungen.

Im Rahmen der Erwachsenenbildung kommt es darauf an, besonders die Lehrer für Marxismus-Leninismus besser zu befähigen, Aufgaben der sozialistischen Menschenführung und Überzeugungsarbeit erfolgreich zu lösen. Die in den Dokumenten des Parteitages geforderte sozialistische Intensivierung aller Prozesse gibt uns Anlaß, Fragen der Leistungsfähigkeit und der Entwicklung der sozialistischen Wissenschaftsorganisation weiter zu durchdenken.

Als erste Maßnahmen wurden beschlossen:
- Mit dem Ziel des raschen Umsetzens von Erkenntnissen und Erfahrungen in die pädagogische Praxis werden aus den Forschungsarbeiten, Thesen ausgewählt und systematisch zu Themensammlungen zusammengestellt, die in Weiterbildungsveranstaltungen verwendet werden bzw. interessierten Praktikern zur Verfügung stehen. (Verantwortlich: Betreuer und Forschungsgruppenleiter).
- Im Rahmen des WPS arbeitet im September dieses Jahres ein Kollektiv unserer Direktstudenten (Diplompsychologie) unter Leitung von Dr. Kessel Beiträge für ein Beiheft der Zeitschrift Pädagogik aus.
- Ab Herbst werden die Weiterbildungsveranstaltungen für unsere Mitarbeiter so gestaltet, daß sie gezielt zur gründlichen Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Auffassungen und zur intensiven Auswertung progressiver sozialistischer Literatur beitragen und die Erkenntnisse konstruktiv bei der Erfüllung von uns stehender Aufgaben Verwendung finden. Inhaltliche Schwerpunkte: Lern- und Erziehungstheorie – Methodologie. (Verantwortlich: Wissenschaftsgruppenleiter).
In dieser Weise wollen wir bei der jetzt folgenden umfassenden Auswertung aller Dokumente des VIII. Parteitages der SED in aktiver und schöpferischer Atmosphäre konkrete Schlussfolgerungen zur Erfüllung der Aufgaben im sozialistischen Wettbewerb ableiten.

Der VIII. Parteitag der SED konnte eine überaus erfolgreiche Bilanz ziehen. Er stellte fest, daß die zurückliegende ereignisreiche Zeit Jahre des Erfolges für Sozialismus und Frieden waren. Das gründliche Studium der Dokumente des VIII. Parteitages, die sachlich-realistisch, ausgewogen und in der klaren prinzipiellen Sprache der Arbeiterklasse die neuen Aufgaben umrissen, vermittelt einen tiefen Eindruck davon, welche Bedeutung dieser Parteitag unzweifelhaft für die Meisterung jener Entwicklungsphase haben wird, in die eine Reihe von Ländern der sozialistischen Gemeinschaft eingetreten sind und die – wie Genosse L. I. Breschnew ausführte – „als Aufbau des reifen oder entwickelten Sozialismus definiert wird.“ Es ist die Quintessenz unserer Bilanz, daß der Parteitag die Generallinie, die unsere Partei für jene schwierige Entwicklungsphase ausgearbeitet hat, bestätigte. Der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, sagte dazu: „Die entwickelte sozialistische Gesellschaft wurde in ihren Wesenszügen im Programm der Partei und in den Beschlüssen des VIII. Parteitages charakterisiert.“

Der entscheidende Grundzug unserer Politik und der Schlüssel unserer Erfolge war die ständig weitere Ausbildung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft, die konsequente Verwirklichung der Führung der sozialistischen Gesellschaft durch die marxistisch-leninistische Partei.

Die Kontinuität der Politik der Partei bezieht sich in vollem Maße auf die Staatsfrage, in der diese Führungsrolle der Arbeiterklasse kulminiert. Sie liegt darin begründet, daß unsere Partei den sozialistischen Staat stets als Verkörperung der historischen Mission der Arbeiterklasse verstand und seine Stärkung und Vervollkommnung immer im Kern Ausdruck dieses Klassencharakters war. Folgerichtig wird in der Entscheidung des VIII. Parteitages der SED zum Bericht des ZK festgehalten, „daß das ZK die weitere Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht, die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie stets im Blickfeld seiner Tätigkeit gehalten hat... Es ist ein erstrangiges Anliegen der Partei, die Arbeit zur weiteren Festigung der sozialistischen Staatsmacht zielstrebig fortzuführen.“ Denn in der vor uns liegenden Periode wird die Bedeutung unserer Staatsmacht weiter zunehmen. Genosse Erich Honecker machte auf die objektiven Gründe hierfür aufmerksam:

„Es erhöhen sich die Ansprüche an die wissenschaftliche, exakt bilanzierte und einheitliche Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft, die intensiveren Verflechtungen ihrer Zweige untereinander sowie mit den anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.“

Der Bereich der staatlichen Tätigkeit wird durch die internationale Zusammenarbeit und sozialistische ökonomische Integration der RGW-Länder erweitert.

Es werden die Beziehungen der DDR zu anderen Staaten sowie zu den internationalen Organisationen ausgebaut.
- Das gewachsene Bewußtsein der Werktätigen erfordert eine verbesserte Qualität der staatlichen Leitung.
- Die Anforderungen an alle staatlichen Organe werden auch dadurch erhöht, daß es angesichts der zunehmenden, oft heimtückisch getarnten Aggressivität des Imperialismus gilt, die Absichten des Gegners rechtzeitig zu durchschauen und zu vereiteln. Diese Erhöhung der Rolle des sozialistischen Staates bedeutet, daß er als Hauptinstrument zur Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das in der Direktive zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975

Dr. jur. Lothar Lotze und Prof. Dr. jur. habil. Ingo Wagner, Sektion Rechtswissenschaft:

Arbeiterklasse, Staat und Gesellschaft

Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse – Stärkung unseres sozialistischen Staates

enthaltene Programm für die wichtigsten ökonomischen, sozialen, wissenschaftlich-technischen und geistig-kulturellen Aufgaben, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre insbesondere auch durch den sozialistischen Staat zu lösen sind, verlangt die volle Entfaltung seiner Funktionen.

In untrennbarer Verbindung mit der Entfaltung der ökonomischen und der ideologisch-kulturellen Funktionen des sozialistischen Staates wird insbesondere seine soziale Funktion – die planmäßige Sicherung und Hebung des Volkswohlstandes – immer bedeutsamer, da mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ihrer ökonomischen Potenz der „gesetzmäßige Zusammenhang zwischen Produktion und Bedürfnissen der Menschen immer unmittelbarer wirksam werden“ kann und muß.¹⁾ Die vom Parteitag geforderte Erhöhung des Wohlstandes des Volkes ist Ausdruck der historischen Bestimmung des sozialistischen Staates überhaupt. Diese staatliche Funktion tritt mit dem Ausreifen der sozialistischen Gesellschaft immer mehr in den Vordergrund, da der weitere Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes eine notwendige Voraussetzung seiner sozialistischen Entwicklung ist. Damit wird deutlicher denn je zutage treten: Im Mittelpunkt des Sozialismus steht das Wohl des Menschen!

Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus kann nur auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität erfolgen. Der Parteitag bestimmte deshalb als Hauptweg zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, die Erhöhung ihrer Effektivität. Das verlangt:

- die sozialistische Rationalisierung als eine erstrangige politische Aufgabe auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Arbeit zu verwirklichen.
- die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu vereinen.
- das ökonomische System des Sozialismus unter Auswertung des großen Erkenntnisreichtums der KPdSU und unserer eigenen Erfahrungen der letzten Jahre zu vervollkommen.

Der ökonomischen Funktion des sozialistischen Staates kommt bei der Lösung dieser Aufgaben eine wachsende Rolle zu. Sie muß insbesondere sichern, daß der Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze so präzise wie möglich realisiert wird, und zwar vor allem durch die weitere Qualifizierung der Planung und Leitung der Wirtschaft. Dabei sind alle Staatsorgane verpflichtet, die planmäßige, proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern, sorgfältig die ökonomischen Gesetze des

Sozialismus zu berücksichtigen und unsere Kräfte und Möglichkeiten in Einklang mit den Anforderungen zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft realistisch einzuschätzen.²⁾

Da die allseitig entwickelte Persönlichkeit das Ziel und zugleich die größte Errungenschaft der sozialistischen Gesellschaft ist, betrachtet es der Parteitag als eine wichtige Aufgabe, die Bedingungen für eine hohe Bildung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes, für die allseitige Entwicklung des sozialistischen Menschen weiterzuentwickeln. Dies macht die weitere Entfaltung der ideologisch-kulturellen Funktionen des sozialistischen Staates notwendig, die darauf abzielt, das kulturelle Niveau des Volkes, seine sozialistische Bewußtheit und Organisiertheit zu heben und auszubilden.

Ausgehend von den Aufgaben des VIII. Parteitages können wir somit erkennen, daß die Rolle des sozialistischen Staates als Hauptinstrument zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zunehmen wird. Mit seiner Hilfe vertritt die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderen Schichten des Volkes in entscheidendem Maße ihre wachsende Führungsrolle in der sozialistischen Gesellschaft, auf deren weiteren Ausbau der Parteitag nachdrücklich orientierte.

Überhaupt ist die gesetzmäßige Verstärkung der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei eine allseitige Festigung des sozialistischen Staates, da sein entscheidendes Wesensmerkmal darin besteht, daß die Arbeiterklasse die Werkzeuge der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsformation leitet. Dieses politische Klassenbewusstsein des sozialistischen Staates, das alle staatlichen Aufgaben und Funktionen als Machtausübung der Arbeiterklasse charakterisiert, zeigt sich besonders prägnant in der eigentlich politischen Funktion des sozialistischen Staates, vor allem in der Entfaltung der sozialistischen Demokratie und der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der Intelligenz und den anderen Volksschichten. Deshalb besteht die „Haupttrichtung der Arbeit der Partei zur weiteren Festigung der sozialistischen Staatsmacht... darin, die zentrale staatliche Leitung und Planung zu qualifizieren und sie mit der wachsenden schöpferischen Aktivität der Werktätigen auf allen Gebieten wirksamer zu verbinden.“³⁾ Diese konsequente Verwirklichung des leninischen Prinzip des demokratischen Zentralismus verlangt auch, daß die Arbeit der Volkvertretungen verbessert wird, da sie als einheitliches System unserer Volksmacht die vollständigste Verkörperung ihres demokratischen Charakters sind. Insbesondere muß die Rolle der örtlichen Volkvertretungen erhöht werden. Der Parteitag ist der Ansicht, daß die Volkvertretungen und die Abgeordneten ihre Funktion noch vollständiger aus-

üben und ihren Einfluß auf solche Fragen verstärken müssen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger betreffen.“⁴⁾ All das bedeutet die weitere Verstärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in Staat und Gesellschaft, denn die sozialistischen Volkvertretungen, die staatliche und gesellschaftliche Elemente in sich einschließen und die wachsende Einheit von Staat und Gesellschaft zum Ausdruck bringen, sind die staatlichen Machtoorgane, durch die die Werkstätten unter Führung der Arbeiterklasse die Staatsmacht ausüben, in denen das Klassenbündnis der Arbeiterklasse mit den anderen Klassen und Schichten verfestert und gefestigt wird. Sie charakterisieren somit den sozialistischen Staat als eine politische Organisation des werktätigen Volkes, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei den Sozialismus verwirklichen.

Der VIII. Parteitag widmete somit der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie große Aufmerksamkeit und setzte eine Reihe prinzipieller Akzente, die jetzt stärker beachtet werden müssen. Das betrifft überhaupt das gesamte System der sozialistischen Demokratie, das die gesamte politische Organisation der Gesellschaft umfaßt. Obgleich der sozialistische Staat das Hauptinstrument und die umfassendste Organisation ist, kommt den nichtstaatlichen politischen Organisationen doch eine außerordentlich große Bedeutung bei der Verwirklichung der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der ganzen Gesellschaft und in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens zu. Besonders gilt das für die Gewerkschaft, „in der fast die ganze Arbeiterklasse organisiert ist.“⁵⁾ Die konstruktive Mitarbeit in der Gewerkschaft in Kommissionen, Produktionsberatungen, den gesellschaftlichen Gremien, die aktive Beteiligung an der Neuerungsbewegung und überhaupt der von der Gewerkschaft getragene sozialistische Wettbewerb ist sozialistische Demokratie in Aktion.

Ausbau der führenden Positionen der Arbeiterklasse und ihrer Partei bedeutet auch die vom Parteitag geforderte Stärkung der sozialistischen Rechtsordnung und damit die Entfaltung einer weiteren Tätigkeitsrichtung des sozialistischen Staates, die in seiner politischen Funktion ihren Platz hat. Die Rechtmäßigkeit ist ein wichtiger Faktor, der das Vertrauen der Bürger zu ihrem Staat festigt.⁶⁾ Diese Aufgabe steht in engstem Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, mit den Lebensbedingungen der Menschen überhaupt und gehört damit zur Grundausgabe des Parteitages.

All das zeigt, wie Genosse Erich Honecker unter lebhaftem Beifall des Parteitages feststellte, daß „wir die Macht der Arbeiterklasse und ihre führende Stellung wie unseren Augapfel hüten (werden) und bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft immer vollkommener ausprägen.“⁷⁾ Und damit hat der Parteitag nachdrücklich unterstrichen, daß die vom XXIV. Parteitag der KPdSU ausgearbeiteten Leitätze des weiteren kommunistischen Aufbaus von allernormtheoretischer und politischer Bedeutung für die Beantwortung der Grundfragen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR sind.

- 1) L. I. Breschnew, der VIII. Parteitag der SED – ein bedeutender Meilenstein beim sozialistischen Aufbau der DDR, ND vom 17. Juni 1971.
- 2) Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, ND vom 16. Juni 1971.
- 3) Entscheidung des VIII. Parteitages der SED zum Bericht des Zentralkomitees, ND vom 21. Juni 1971.
- 4) Bericht des Zentralkomitees...
- 5) Entscheidung des VIII. Parteitages...
- 6) Bericht des Zentralkomitees...
- 7) Erhard.
- 8) Erhard.

Die Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an

Teil II – Von Dr. jur. P. Terzopoulos, Institut für internationale Studien

Regierung Frankreichs, die 1942 abgegebene Erklärung. Zu ihr bekannte sich ebenfalls der damalige Staatsmann Courve de Murville 1966 in Prag.
Die italienische Haltung zum Münchner Schanddiktat wurde in der von der antifaschistischen italienischen Regierung im September 1944 abgegebenen Erklärung zum Ausdruck gebracht: das Münchner Abkommen sei mit allen danach folgenden Rechtsakten als ungültig zu betrachten. Also Qualifizierung dieses Abkommens als von Anfang an nichtig.
Eine davon abweichende Position vertritt Großbritannien. So bezeichnete sich die britische Regierung am 5. August 1943 gegenüber der tschechoslowakischen Exilregierung hinsichtlich des Münchner Abkommens als „frei von jeglicher Verpflichtung“. Die tschechoslowakische Forderung jedoch auf Ungültigkeit ex tunc wurde nicht erfüllt. Die gleiche Auffassung vertrat der damalige britische Außenminister Michael Stewart 1965 in Prag. Stewart

meinte, es mache einen erheblichen Unterschied aus, ob man ein Abkommen als ungerecht oder als niemals abgeschlossen bezeichne. Das wichtigste Argument für diese Auffassung ist die staatliche Kontinuität Großbritanniens. Da, meint man, im Jahre 1938 Großbritannien als Staat das Münchner Abkommen mit unterschrieben habe, sei es völlig ausgeschlossen, daß dieser Staat sich selbst desavouiert.

Die Haltung der BRD

Die Haltung der BRD zum Münchner Abkommen ist konstant geblieben: Weigerung, die Nichtigkeit dieses Abkommens von Anfang an anzuerkennen. Als erster Politiker erklärte der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard am 11. Juni 1964 vor dem Council on Foreign Relations in New York „ausdrücklich und eindeutig“, das Münchner Abkommen sei von Hitler zerrissen worden, und die Bundesregierung erhebe keinerlei territoriale Forderungen gegenüber der CSSR. Diese Auffassung

der BRD wurde in der „Note der Bundesregierung zur Abrüstung und Sicherung des Friedens“ vom 25. März 1966 sowie in der „Erklärung von Bundeskanzler zur deutschen Friedensnote“ gleichen Datums wiederholt.
Am 13. 12. 1968 stimmte der damalige Bundeskanzler Kiesinger der Auffassung zu, daß das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchner Abkommen „nicht mehr“ gültig sei. Er unterstrich zum ersten Mal die „Obhutspflicht“ der Bundesregierung gegenüber den ehemaligen Sudetendeutschen. Auf der Pressekonferenz vom 16. Januar 1967 ging Kiesinger zum Angriff auf die Forderung der CSSR nach der Ex-tunc-Ungültigkeit des Münchner Abkommens über: „Wir haben sehr bewußt gesagt, daß das Münchner Abkommen für uns nicht mehr gültig sei, haben aber trotz dieses Umstandes keinen Grund gesehen, uns auf den Standpunkt zu stellen, daß es von Anfang an nichtig sei.“ Am 23. Juni 1967 sagte er in seinem Vortrag vor der

Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bad Godesberg u. a.: „Ich glaube, man sollte auch in Prag aufhören, von uns nun das Bekenntnis zu verlangen, daß das Münchner Abkommen von Anfang an nichtig sei... Es muß genügen, daß wir sagen: Wir stützen uns nicht mehr auf das Münchner Abkommen!“
Willy Brandt machte am 21. August 1968 in einer Erklärung in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD einen Schritt weiter, indem er zugab, daß das Münchner Abkommen „ungerecht“ zustande gekommen war. Das ist jedoch nur eine moralische Einschätzung, die keine rechtliche Bedeutung beigemessen werden kann.
Die letzte offizielle Erklärung von Bedeutung indirekt zur Problematik des Münchner Abkommens machte am 18. Mai 1970 in München auf der festlichen Eröffnung des 21. „Sudetendeutschen Tages“ der Minister Josef Ertl: „Die Bundesregierung wird keine Entscheidung treffen hinter dem Rücken oder über die Köpfe

der Vertriebenen hinweg“. Er bestätigte somit die „Obhutspflicht“ der Bundesregierung gegenüber den ehemaligen Sudetendeutschen.
Eine ausgesprochene antitschechoslowakische und verständnislose Position nehmen die Führer der sogenannten Sudetendeutschen Landsmannschaften ein. So appellierte am 18. 5. 1970 der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“, Herbert Czaja, an die Zuhörer, „mit gutem Gewissen und in Gerechtigkeit um eine friedliche Revision der europäischen Unordnung und Unfreiheit zu ringen“. Auf der 22. Plingtagezusammenkunft der Revanchisten hetzte der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Becher: „Wir haben territoriale Forderungen, auf das uns zustehende Gebiet!“
Aus der Haltung der BRD, der offiziellen und informellen, zum Münchner Abkommen sowie aus der Besonderheit dieses Abkommens ergeben sich die Gründe für die Forderung der CSSR nach Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Schanddiktats von Anfang an seitens der BRD. Darauf wird im nächsten Teil eingegangen.

Die Signatarstaaten des Münchner Schanddiktats sind sich über dessen Ungültigkeit einig. Verschiedene Auffassungen bestehen allerdings über die ursprüngliche Nichtigkeit dieses Abkommens, was heißt über die Nichtigkeit ab

Die Haltung der Signatarstaaten

Das französische Nationalkomitee erklärte am 29. September 1942 in einem an den Ministerpräsidenten der tschechoslowakischen Exilregierung, Schranek, gerichteten Brief das Münchner Abkommen für null und nichtig („nul et non avenue“). Frankreich verpflichtete sich in diesem Brief, für die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Länder in ihren Grenzen vor dem Münchner Abkommen zu arbeiten. Professor Henri Michel vom Komitee für die Geschichte des 2. Weltkrieges beim französischen Ministerpräsidenten interpretierte am 20. Januar 1971 in der BRD diese Haltung Frankreichs wie folgt: das Münchner Abkommen sei schon seit seiner Unterzeichnung null und nichtig, als es nie existiert. Das Nationalkomitee wiederholte 1944, nach seiner Anerkennung als die legitime